

Wirtschaftliche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Am Dönhofs (A 7) 3600-3667.
Für den Fernverkehr Am Dönhofs 3600-3698. Telegramm-Adresse:
Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 60. Wöchentlich 4 Mark.
Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Familien-Teil): Carl Misch.
Berlin. Anzeigen-Preis: monatlich 50 Pfennig. Einzelnummern-Anzeigen: monatlich 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26.

10 Pf. - Nr 397 - B 196

MONTAG, 24. AUGUST 1931

ABEND-AUSGABE - V

Konzentrationsregierung unter MacDonald

Konservative und Liberale treten in das Kabinett ein

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 24. AUGUST

Die schwere englische Krise hat heute mit dem Eintritt der Arbeiterregierung geführt. Die Bildung eines Konzentrationskabinetts unter Führung MacDonald, in dem Konservativen und Liberale sitzen werden, ist bereits gesichert, da Baldwin und andere Parteiführer ihre Zustimmung erteilt haben.

Macdonald hat den ganzen Sonnabend und Sonntag über ununterbrochen Vorträgen der Parteiführer mit Anbieten beim König Georg abgewechselt. Gestern, heute vormittag um 10 Uhr nachmittags MacDonald, Stanley Baldwin und Sir Herbert Samuel noch einmal in den Buckingham Palace, den sie erst gegen 1/2 Uhr wieder verließen. Um 12 Uhr trat dann das Arbeitstabinett zu einer letzten Sitzung zusammen, die nur von sehr kurzer Dauer war. Als die Minister das Haus in der Downingstreet verließen, teilten sie den wartenden Journalisten mit: „Alles vorüber. Wir sind zurückgetreten.“

Die Unsicherheit über die kommende Regierung dauerte ebenfalls nur sehr kurze Zeit. Schon um 12,45 wurde offiziell mitgeteilt, daß die Bildung einer der drei großen Parteien umfassenden sogenannten Konzentration unter Führung MacDonalds in Aussicht genommen sei. Baldwin soll seine grundsätzliche Zustimmung zu dieser Lösung davon abhängig gemacht haben, daß MacDonald für die Heberwindung der alten Krise ein sehr umfassendes neu formuliertes Programm aufstellt. Schon damit ist gesagt, daß der Zusammenstoß der Parteien nur für die Zeit gebildet ist, die zur Bewältigung dieser Aufgabe notwendig ist. Für die Konservativen hat diese Lösung außerdem den Vorteil, daß die Verantwortung für die jetzt notwendigen unpopulären Maßnahmen hauptsächlich von dem Mann übernommen wird, der die Arbeiterpartei in den Augen der Öffentlichkeit vertritt, der sie aber heute noch nicht und Chef der Regierung bleibt.

Einer Meldung der „T. U.“ zufolge werden die folgenden Minister sein: Außenminister in dem neu gebildeten Kabinett übernehmen: Außenminister Henderson, Handelsminister Graham, Gesundheitsminister Arthur Greenwood, der erste Lord der Admiralität Alexander, der Minister für öffentliche Arbeiten George Lansdowne, der Unterstaatssekretär für Schottland Tom Johnston. Es heißt, das im ganzen 10 Minister aus dem Kabinett ausscheiden werden. Der Minister für die Dominions, Thomas, erklärt, daß er im Kabinett verbleiben werde.

*

MacDonald geht, um wiederzutreten, aber nicht mehr als Chef einer Regierung der Labour Party, sondern eines „nationalen Konzentrationskabinetts“, in dem neben Angehörigen der Labour Party auch Konservative und Liberale sitzen werden. Da auch die Oppositionsfraktionen nicht wünschig, blieb nur dieser Ausweg aus den Schwierigkeiten, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise in England entstanden sind. Zwei Drittel sehr lang hat sich das zweite Kabinett MacDonald am Abend behauptet, nachdem es im Juni 1929 die konservative Regierung Baldwin abgelöst hatte. Die Neuwahlen zum Unterhaus hatten der Labour Party zwar die relativ größte Zahl von 280 von 615) errufen, aber nicht die absolute Mehrheit. Die Regierung MacDonald nur dauernd auf die Unterstützung der Liberalen angewiesen, auf die sie aber nicht immer gaaerlich rechnen konnte. Die einzigen wichtigen Abstimmungen von den Parlamentarier haben das Kabinett nur noch frappe Siege erteilen können. Trotzdem wurde nicht angenommen, daß ein Kabinettswechsel in England vor dem Frühjahr 1932 erfolgen werde. Allerdings konnte man auch diese Zeit noch bevor das Unterhaus sich versammelt, nicht voraussagen, daß die finanzielle Krise die Regierung und die Parteien vor so schwerwiegende Entscheidungen stellen werde. Was innerhalb des

Kabinetts vor sich gegangen, was zwischen MacDonald und dem Führer der konservativen Opposition verhandelt worden ist, darüber haben auch die jetzt gut unterscheidlichen konservativen Zeitungen ebenso wenig Aufschlüsse berichten können, wie über die Vorklänge, die MacDonald dem nach London zurückgekehrten König unterbreitet hat. Aber es hat den Anschein, daß Regierungschef und Oppositionsführer aus gleichen Überlegungen zu dem gleichen Schluß gekommen sind: keine Partei könne allein die Verantwortung für die Maßnahmen übernehmen und tragen, die zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise notwendig sind; die nationale

Not könne nur durch eine einseitige nationale Aktion überwunden werden. Diese Lösung ist in dem Reichsbürgertum vereinbart worden, die während der letzten Tage größtenteils MacDonald, Baldwin und Samuel geführt worden sind. Als MacDonald sich heute mittags zum König begab und naher im Kabinett seinen Entschluß mitteilte, zu demissionieren, war er bereits gewiß, daß im Einverständnis mit den Konservativen und Liberalen eine Wiederbetragung erfolgen werde mit dem Auftrag, eine Konzentrationsregierung der drei Parteien zu bilden. Die Ernennung der neuen Minister soll noch im Laufe des heutigen Tages erfolgen.

Die neuen Notverordnungen

Gehaltsabbau ohne Länderparlamente

Von den beiden Notverordnungen, die das Reichskabinett am Sonnabend vorerlassen hat, wird die Steueramtsverordnung bereits heute wirksam, in welcher die Verbilligung der Steuerpflicht auf den 16. September enthalten ist. Die andere Verordnung, die sich auf die Finanzen der Länder und Gemeinden bezieht, wird nicht vor Mittwoch oder Donnerstag zu erwarten sein, da sie erst noch dem Reichspräsidenten geprüft und unterzeichnet werden muß.

Diese zweite Verordnung wird eine Reihe neuer wichtiger Bestimmungen enthalten. Vor allem bringt sie die Ermächtigung für die Länderregierungen und Gemeindeverwaltungen, selbständig Gehaltskürzungen bei Beamten und bei den in den Behörden auf Privatverträgen beschäftigten Angestellten vorzunehmen. Woher waren die Regierungen bzw. die Gemeindeverwaltungen durch ihre parlamentarischen Körperschaften auf der selbständigen Übernahme derartiger Kürzungen behindert. Da die neue Verordnung ausdrücklich die Ermächtigung bringt, noch geltenden

Verordnungen abzuweichen, so wird diese parlamentarische Bindung für die Länderregierungen und die Gemeindeverwaltungen künftig weichen. Allerdings erstreckt sich diese Ermächtigung lediglich auf Gehaltskürzungen, dagegen ist keine Ermächtigung für einen **Staatshaushalt** vorgesehen, weil dabei außerordentliche Rechte verlegt werden. Einlenkung erfolgt die Ermächtigung auf die Möglichkeit einer selbständigen Erhöhung von Einnahmen. In dieser Hinsicht wird darauf verwiesen, daß Länder und Gemeinden noch einen gewissen Spielraum in der Benutzung ihrer selbständigen Einnahmen haben, so zum Beispiel die Gemeinden in der Abgrenzung und in anderen, sozialen kommunalen Steuern, die in manchen Städten nur zum Teil ausgesetzt sind. Der Hauptzweck der neuen Verordnung liegt also darin, die Länderregierungen und Gemeindeverwaltungen die Möglichkeit zu geben, ohne Befragung ihrer parlamentarischen Körperschaften den vom Reich verlangten Abbau der Gehälter vorzunehmen.

Internationale Zwangspreise

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 24. AUGUST

Der Jahresbericht der britischen Gewerkschaften (Trade Union Council) enthält ein Programm zur Bekämpfung der Industrie und zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit, das in diesem Augenblick von besonderem Interesse ist, da hier die Forderungen der Gewerkschaften allen Lohnkämpfern gegenüber sich offenbart und dadurch ersichtlich macht, daß alle Verluste des Kabinetts, mit den Gewerkschaften in einem Kompromiß zusammen, vergeblich sind gewesen.

In dem Bericht heißt es, daß man in London im kommenden Winter mit drei Millionen oder noch mehr Arbeitslosen rechnen müssen, und daß aller Optimismus auf eine wesentliche Besserung der Lage völlig unangebracht sei. Der Bericht stellt sich dann mit den Ermahnungen auseinander, die Englands Stellung als Exportland bedroht seien, und die als einzigen Ausweg aus der internationalen Beraubung die Entlastung von Produktionskosten und Preisen empfehlen. Die Gewerkschaften glauben deswegen, daß für den englischen Export immer in wachsendem Ausmaß gefunden werden könnten. Der Weg innerhalb des Empire könnte bei planmäßiger Bearbeitung erweitert werden. Aber auch andere, industriell bereits hochentwickelte Länder hätten gerade infolge ihrer Industrialisierung einen erhöhten Bedarf. Die Gewerkschaften halten den ungeführten Weg, nämlich den der Preisregulierung oder wenigstens den der **organisierten Preisbildung** für den besten Weg, um die Preisbildung zu kontrollieren und die Ausgliederung der Produktionskosten, hauptsächlich der Löhne an diesen Preisabbau, führe zu einer einseitigen Befolgung der

Arbeiter und so auf lange Sicht zu einem Schwächen am Kaufkraft. England soll, so empfiehlt der Bericht, die Initiative zur Einberufung einer internationalen Konferenz ergreifen, die Entschlüsse gegen den allgemeinen Preisverfall fassen soll. Im Falle des Scheiterns einer internationalen Aktion soll England unabhängig von den anderen den Preisstand halten, und zwar unter dem durch Festlegung eines höheren Mindestpreises oder durch andere Mittel. Der Bericht enthält fernerhin den in Hinblick auf die Preisverfallsmöglichkeit. Jede Regierung oder jede Arbeitgeberorganisation, die versucht, den Preisstand der arbeitenden Klasse herabzusetzen, werde zweifellos den existenzbedrohlichen und längsten industriellen Konflikt moderner Zeit provozieren.

Der Einbruch in Genf

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 24. AUGUST

Die heute vormittag im Silberbankhaus beendete Konferenz des Reichsverbandes der englischen Regierung hat einen sehr tiefen Einbruch hervorgerufen und das Interesse an der heute beginnenden Beratungen der Wirtschaftsexperten und des Kreditkomitees der Europalommision des Völkerverbundes einflussreich fast in den Hintergrund gedrängt.

Zu dieser Tagung sind übrigens bisher der deutsche Wirtschaftsminister, Dr. Commerz, und der englische Botschafter, der Hauptreferent des Völkerverbundes, noch nicht erschienen, werden aber für morgen erwartet. Dagegen hat der deutsche Finanzminister, Dr. Brüning, der Teilnehmer des in den letzten Tagen der Europalommision stattfindenden Plenums einer großen internationalen Kreditbank, es ausdrücklich abgelehnt, an der Sitzung teilzunehmen, nachdem das Völkerverbundesplenum den Gesamtplan der europäischen Finanzfragen ungewissheit an die